

Sperrfrist: Montag, 5. Oktober- 17.30 Uhr

Christentum entscheidend für europäischen Einigungsprozess

Europapolitik muss sich stärker um die Probleme der Bürger kümmern. Das forderte Landesbischof Johannes Friedrich heute im Rahmen der Präsidiums- und Vorstandssitzung der Europäischen Bewegung Bayern e.V. in München. An der Sitzung nahm auch die für Europafragen zuständige Staatsministerin Emilia Müller teil. Gleichzeitig warnte Friedrich vor zu viel Ungeduld im europäischen Einigungsprozess. Dies bringe die Gefahr mit sich, dass „ökonomische Interessen ausschlaggebend sind, während die Aufgaben der geistigen und kulturellen Annäherung vernachlässigt werden“.

Friedrich kritisierte den „ideologisch motivierten Versuch, das Christentum in Europa zu marginalisieren“, indem in der Präambel des konsolidierten Vertrags über die Europäische Union mit dem Humanismus nur eine der geistigen Wurzeln Europas benannt worden sei. Politik sei angewiesen auf ein Gewissen, so der Landesbischof, „das sich gegenüber einer Instanz verantwortlich weiß, die auch im Wechsel der Mehrheiten und Meinungen verlässlich bleibt.“ Wer Freiheit und Unabhängigkeit der Politik dadurch sichern wolle, dass die Verantwortung vor Gott ausgespart bleibe, „unterschätzt die Versuchungen der Macht“ warnte Friedrich.

Die Rolle des Christentums für Europa sei entscheidend, betonte Friedrich. „Wie keine andere Religion und Weltanschauung verbindet das heutige Christentum in Europa aufgeklärte Vernunft und Freiheit einerseits mit dem Wissen um die Unverfügbarkeit des Lebens und um unsere Verantwortung vor Gott als einer Instanz, die nicht zur Disposition steht.“ Aufgabe der Kirchen sei es darum, in „aller Entschiedenheit“ klarzustellen, dass Menschenwürde allem menschlichen Leben zukomme – unabhängig von seinem Entwicklungsstand, unabhängig auch „von seiner Bedürftigkeit in Krankheit und Sterben“, so Friedrich. Die von Gott verliehene Menschenwürde sei eben unverfügbar und unantastbar und darum auch nicht mit anderen Grundwerten verrechenbar, wie etwa der Forschungsfreiheit, hob Friedrich hervor.

Präsident der Europäischen Bewegung Bayern ist Ingo Friedrich, Ehrenmitglied und Vizepräsident a.D. des Europaparlaments. Ulla Rüdénholz ist geschäftsführende Vizepräsidentin der Europäischen Bewegung Bayern.

München, 5. Oktober 2009
Johannes Minkus, Pressesprecher